



Politische Plattform 2021-2025 der GRÜNEN Freiburg

Version 2.0, Anpassungen gem. MV vom 04.11.2020

Inhaltsverzeichnis

Kontext / Einführung

Sozialverträgliche Klima- und Umweltpolitik als Basis

- > Für das Klima und die Umwelt: Energie- und Mobilitätswende sowie nachhaltige Raumplanung
- > Für eine Kreislaufwirtschaft und ein nachhaltiges Finanzsystem
- > Für den Erhalt und Förderung der Biodiversität und eine nachhaltige Ressourcen- und Umweltpolitik
- > Für ein nachhaltiges und gerechtes Gesundheitssystem
- > Für die Partizipation: Zusammenhalt, Gleichheit und Gesundheit
- > Für eine lebendige und integrative Bildung und Kultur

Kontext / Einführung

Die vorliegende politische Plattform stellt die Basis für die politischen Aktivitäten der GRÜNEN Freiburg in der Legislatur 2021-2025 dar. Sie führt das politische Programm 2016-2021 der GRÜNEN Freiburg weiter und stützt sich auf die Wahlplattform der GRÜNEN Schweiz ab. Das Dokument hat zum Ziel Grundlagen, Ziele und Vorschläge für politische Aktionen zu formulieren und zu konkretisieren, aus welchen die GRÜNEN Freiburg ihre kommunalen und kantonalen Wahlprogramme ableiten. Die Plattform soll ein politischer Werkzeugkasten sein, der dabei hilft, Vorschläge und Aktionen auf verschiedenen Ebenen zu entwickeln. Zu jedem Thema werden die Herausforderungen für den Kanton Freiburg sowie die zu erreichenden Ziele und Massnahmenvorschläge definiert.

Sozialverträgliche Klima- und Umweltpolitik als Basis

Das kollektive Bewusstsein für die Klima- und Umweltkrise hat die internationale und nationale Politik verändert. Als Resultat hat auch die Schweiz bei den nationalen Wahlen 2019 eine grüne Welle erlebt. Sie kann als politische Zäsur betrachtet werden, aufgrund derer sich die politische Landschaft gravierend verändern wird. Die Notwendigkeit, auf den Klimawandel zu reagieren und den Schutz der Umwelt ernst zu nehmen hat politisch an Bedeutung gewonnen. Es beginnt eine neue Ära, welche Antworten auf die grossen ökologischen Herausforderungen liefern muss und dies auf allen politischen Ebenen: Beginnend bei den Gemeinden bis hin zum Bund müssen ökologische und soziale Gerechtigkeit in Einklang gebracht werden.

Das vorliegende politische Programm erachtet die *sozialverträgliche Klima- und Umweltpolitik* als Grundlage für alle politischen Entscheidungsfindungen. Ein Bewusstseinswandel muss nun auch in den Parlamenten und Regierungen stattfinden. Kein Entscheid, kein Projekt darf diesen Zielen zuwiderlaufen und die Legislaturprogramme müssen sich an dieser Zielsetzung orientieren. Nur so kann die Politik eine glaubwürdige, langfristige Perspektive für die Herausforderungen unserer Zeit entwickeln.

Den Wandel müssen wir so gestalten, dass er alle einbezieht. Lösungen müssen breit abgestützt und sozial verträglich sein, um von der Gesellschaft getragen zu werden. Wir wollen

eine grüne Ära einläuten, die einen tiefgreifenden Wandel auslöst der unseren Lebensstil ökologisch ausrichtet und in Einklang mit der Umwelt bringt.

> Für das Klima und die Umwelt: Energie- und Mobilitätswende sowie nachhaltige Raumplanung

Herausforderung:

Der Klimawandel ist eine Realität. Die globale Durchschnittstemperatur steigt stetig an, in der Schweiz doppelt so schnell wie im weltweiten Durchschnitt. Nicht nur die Landwirtschaft und der Tourismus sind betroffen, sondern alle Bereiche werden unter den negativen Folgen dieses Wandels leiden. Es ist unerlässlich, die Treibhausgasemissionen so schnell wie möglich zu reduzieren, um die unkontrollierte globale Erwärmung mit unvorhersehbaren Folgen zu vermeiden. Die Schweiz emittiert 14 Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr und liegt damit deutlich über dem weltweiten Durchschnitt von 6 Tonnen CO₂ pro Jahr. Die globalen Grenzwerte legen die Emission auf 0,6 T pro Einwohner und Jahr fest. Als eines der technologisch führenden Länder muss die Schweiz eine Pionierrolle bei der Reduktion der Treibhausgase übernehmen.

Die Produktion von Treibhausgasen nimmt im Kanton aufgrund der Mobilität der wachsenden und weit verstreuten Kantonsbevölkerung zu. Mehr als 30% der Treibhausgase und des Energieverbrauchs stammen aus dem motorisierten Verkehr. Die zahlreichen Straßenprojekte tragen dazu bei, unsere Landschaft zu verbetonieren. Zudem verschwindet fast ein Quadratmeter Grün pro Sekunde durch den Bau von Strassen, Einkaufszentren, Parkplätze und Gebäude. Eine weitere wichtige Quelle der Treibhausgase sind die nach wie vor viel zu zahlreichen Ölheizungen, die vor allem im Winter die Umwelt belasten.

Ziele:

Der Kanton Freiburg soll bis 2030 "klimaneutral" werden, indem er einen ehrgeizigen Klimaplan umsetzt, der auf Atomstrom und alle fossilen Energiequellen verzichtet und stattdessen auf Energiesparmassnahmen setzt (Stärkung des Programmes zur Gebäudesanierung), sowie auf erneuerbaren Energien aufbaut. In den Bereichen Mobilität, Wohnen und Raumplanung ist ein deutlicher Wandel nötig, um das Ziel der Reduktion der CO₂-Emissionen zu erreichen. Der Kanton hat 2040 eine positive Klimabilanz, indem er natürliche und technische Lösungen zur Erzeugung negativer CO₂-Emissionen unterstützt. Im ganzen Kanton Freiburg wird eine Gesamtvision der Verkehrspolitik umgesetzt: Das Potenzial von Raumplanung, Verkehrsmanagement, Arbeitsorganisation, finanziellen Anreizen und Technologie wird genutzt, um eine klima- und menschenfreundliche Mobilität zu fördern. Die Raumplanung wird in demokratischer und nachhaltiger Weise neu durchdacht und entspricht den Zielen des Landschafts- und Bodenschutzes, der Steuerung von Verkehrsströmen, der Energieeffizienz, der Eindämmung der Auswirkungen des Klimawandels und der Verbesserung der Lebensqualität. Gleichzeitig wird die Abfallmenge reduziert, die Bewirtschaftung der Abfälle verbessert und das Recycling ausgebaut.

Massnahmen

- Strategische Neuausrichtung des kantonalen Klimaplanes, des Energiefonds und des Gebäudeprogramms auf eine Netto-Null-Strategie bis 2030 und eine klimapositive Strategie bis 2040.
- Aufbau eines kantonalen CO₂-Überwachungssystems (Emissionen und Speicherung), zur Überwachung und Anpassung aller kantonalen Klimamassnahmen.
- Einführung von Kompensationsmechanismen oder Steueranreizen für CO₂-neutrale Unternehmen und Investitionen.
- Entwicklung von Projekten zur CO₂-Speicherung im Boden und den Wäldern.

- Nutzung des Potenzials des Kantons an erneuerbaren Energien, um bis 2030 100% des Energieverbrauchs zu decken: Staat, Unternehmen und Privatpersonen.
- Lancierung einer kantonalen Solaroffensive durch die Installation von Photovoltaik- und thermischen Anlagen und auf öffentlichen Gebäuden und die Förderung von Installationen auf privaten Gebäuden.
- Ausbau der Kehrlichtverbrennung, Abwasserbehandlung und Kompostierung zur effizienten Strom- und Wärmeproduktion. Ressourcenrückgewinnung aus Schlacke usw. (z.B. Bioleaching).
- Entwicklung von landwirtschaftlichen Praktiken und Techniken, um die direkten und indirekten CO₂-Emissionen des Sektors zu reduzieren und um einen Beitrag zur CO₂ Absorption zu leisten.
- Einführung eines kantonalen Plans zur thermischen Sanierung von öffentlichen und privaten Gebäuden mit einer bevorzugten Behandlung von Gemeinschaftswohnungen und insbesondere von Wohnbaugenossenschaften.
- Keine neuen Ölheizungen und die Beschleunigung der thermischen Sanierung.
- Entwicklung des öffentlichen Verkehrs für Agglomerationen und periphere Regionen, optimierte Einbindung in den interkantonalen Transitverkehr.
- Einführung eines kantonalen Programms für sanfte Mobilität (Begegnungszonen, Rad- und Fussgängerwege).
- Ab 2030 nur noch Zulassung von Neufahrzeugen, die mit Elektro- oder Wasserstoffkraftstoff betrieben werden.
- Beschleunigte Umsetzung von Verkehrsberuhigungsprojekten, auch auf Kantonsstrassenabschnitten innerorts und Ausweitung der Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h.
- Beschleunigte Realisierung von Verkehrsberuhigungsprojekten, auch auf kantonalen Strassenabschnitten in Ortschaften.
- Die kantonale Raumplanungsgesetz wird angepasst (Einführung parlamentarische Kompetenz für die kommunale und kantonale Raumplanung).
- Nachhaltige, demokratische und sozialverträgliche Verdichtung der bebauten Gebiete (Einführung Grünflächenindikator und Freiflächenziffer).
- Umsetzung von Maßnahmen zur Bekämpfung von Wärmeinseln, insbesondere durch die Begrünung der bebauten Umwelt.
- Ausweisung der durch den Klimawandel verursachten Gesundheitskosten und Entwicklung von Präventionsmassnahmen.
- Erhöhung der Resilienz und Anpassungsfähigkeit an die globale Erwärmung in der Raumplanung oder im Umgang mit natürlichen Ressourcen.

Spezifische Massnahmen auf kommunaler Ebene

- Verbreitung des Energielabels "Gold" in den Gemeinden.
- Entwicklung vorbildlicher öffentlicher Gebäude: Photovoltaik und Minergie sowie Verwendung von nachhaltigen Baumaterialien (lokales Holz, lösungsmittelfreie Farben).
- Umsetzung von Maßnahmen zur Co-mobilität, insbesondere für Pendler.
- Einführung und Umsetzung eines Rad- und Fußverkehrsplans für die Gemeinden.
- Entwicklung von Maßnahmen zur Förderung des Radfahrens bei Schulausflügen, einschließlich Zyklobuslösungen.
- Bessere Abstimmung zwischen den Stunden und Fahrplänen der Schulen und öffentlichen Verkehrs.
- Aktive Wohnungspolitik um Aktivitäten von öffentlichem Interesse zu ermöglichen.
- Förderung und Unterstützung von lokalen Initiativen im Bereich des Gewerbes, der Nachbarschaftshilfe und des lokalen Handwerks.

> Für eine Kreislaufwirtschaft und ein nachhaltiges Finanzsystem

Herausforderung:

Die Coronakrise stellt unsere Wirtschaft vor grosse Herausforderungen und die Frage, wie sich die Wirtschaft danach erholen soll, ist nicht einfach zu beantworten. Die GRÜNEN wollen die Krise nutzen, um einen Wandel zu lancieren, von dem der Kanton und die Bevölkerung nachhaltig profitieren können. Die Schwächen unserer Systems wurden uns schonungslos aufgezeigt: Abhängigkeit vom Ausland für relevante Produkte für die Produktion sowie von einem ungebremsten Konsumzwang und dem Wachstum des BIP. Die Krise muss nun genutzt werden, um einen grünen Innovationsschub auszulösen.

Neben der aktuellen Pandemie steht eine weitere Herausforderung bevor: Die Klimakrise wird starke Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung haben. Der Rückgang der Produktivität, der Verlust landwirtschaftlicher Erträge, die Zunahme extremer klimatischer Ereignisse, die Zunahme der Gesundheitskosten und der Verlust der biologischen Vielfalt werden uns teuer zu stehen kommen. Die Anpassungskosten zur Erreichung der Ziele der Pariser Vereinbarungen sind exorbitant. Unser Wirtschafts- und Finanzsystem muss sich dringend neu erfinden und der Nachhaltigkeit verpflichten müssen.

Der Kanton Freiburg ist von den genannten Risiken stark betroffen. Mit seiner landwirtschaftlich und touristisch geprägten Wirtschaft sowie den wichtigen auf Export ausgerichteten Produktionszweigen besteht die Gefahr, dass er vom Klimawandel stark getroffen wird.

Ziele:

Die Freiburger Wirtschaft muss sich neu orientieren und konsequent auf langfristige und nachhaltige Produktion sowie auf Kreislaufsysteme und Innovation setzen. Dazu gehört als erstes die Neudefinition der wirtschaftlichen Prosperität, in der Marktproduktion und Markteinkommen nicht mehr einziges Kriterium für den Wohlstand sind und dieser vom alleinigen Wachstum entkoppelt wird. Anstelle des Bruttoinlandsproduktes müssen ein neues Wohlstandsmaß und eine neue Form der Wirtschaftsberichterstattung treten, um neben den ökonomischen auch ökologische, soziale und gesellschaftliche Entwicklungen zu messen.

Für die Umstellung auf eine Kreislaufwirtschaft braucht es eine lokale Abstimmung der Herstellungsketten und Materialflüsse. Dafür müssen in der Raumplanung die nötigen Voraussetzungen und Anreize für die Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen geschaffen werden. Der Kanton Freiburg soll sich zudem auf kantonaler und nationaler Ebene für ein nachhaltiges Steuer- und Finanzsystem einsetzen.

Massnahmen

- Schaffung von steuerlichen Anreizen für nachhaltige Investitionen, Innovationsprojekte und den Umbau der Unternehmen auf die veränderten Märkte.
- Anpassung von Preismodellen in der Infrastruktur und der Energieversorgung, die ökologisches Verhalten unterstützen und die Initiative von Unternehmen und Privaten einbeziehen.
- Vermehrte Schaffung von Kernzonen mit attraktiver Infrastruktur für die Ansiedlung und die Entwicklung von Unternehmen (z.B. Gesundheit, Ernährung, Energie, Abfall).
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Infrastruktur für Frauen, insbesondere junge Mütter, Förderung flexibler Arbeitsmodelle, Zugang der Frauen für Kaderstellen, Erhöhen der Verträglichkeit Familie – Beruf, Überprüfung der Lohngleichheit.
- Verbesserung des Berufseinstiegs für die Jungen, Massnahmen zur Dämpfung der Corona-Krise, Förderung von Berufslehre und Einstiegsmöglichkeiten bei den Unternehmen.
- Möglichkeit zur weiteren beruflichen Tätigkeit im Alter, Unterstützung der beruflichen Neu-Orientierung.
- Neudefinition der Wohlstandsmessung und der wirtschaftlichen Berichterstattung.

- Einführung des Verursacherprinzips für alle dem Klimawandel zuträglichen wirtschaftlichen Tätigkeiten.
- Förderung ressourcenschonender und -wiederverwendender Unternehmen und Verbänden, bzw. Förderung solcher Unternehmen und Verbänden, die Ressourcen gemeinschaftlich nutzen
- Raumplanerische Massnahmen zur Förderung der Kreislaufwirtschaft.
- Nachhaltige Anlage- und Investitions- sowie Beschaffungspolitik des Kantons.
- Wiederverwendung von Baumaterialien und Aufwertung (Up-cycling) von Abfall.

Spezifische Massnahmen auf kommunaler Ebene

- Verpflichtung der Gemeinden, bei ihren Käufen, Investitionen und Projekten mit gutem Beispiel voranzugehen und ihre Massnahmen in Wert zu setzen (z.B. Öko-Minergie-Label für kommunale Gebäude).
- Massnahmen zur Priorisierung nachhaltiger und lokaler Unternehmen für kommunale Investitionen.
- Massnahmen zur Förderung eines lokalen und verantwortungsbewussten Konsums, insbesondere über kurze Wege und lokale Märkte.
- Unterstützung bei der Gründung und Umsetzung von Reparaturwerkstätten.
- Einrichtung von Ressourcenzentren in kommunalen Abfallsammelzentren.
- Wiederverwendbares Geschirr für alle Veranstaltungen und Take-away.
- Umsetzung von Massnahmen gegen Littering (z.B. Clean-up Day, Sensibilisierungskampagnen, Pfandysteme).

> Für den Erhalt und Förderung der Biodiversität: nachhaltige Nahrungsmittel-, Ressourcen- und Umweltpolitik

Herausforderung:

Die Biodiversität ist nicht nur in fernen Ländern bedroht. Auch in der Schweiz sterben Arten aus, gehen Lebensräume verloren oder werden durch Infrastrukturen zerschnitten. Die Hitzesommer der letzten Jahre haben zu einer Abnahme der Wasserreserven geführt. Die Verschmutzung von Luft und Wasser beeinträchtigt die Lebensqualität und hat hohe Gesundheitskosten zur Folge. Der Kanton Freiburg ist ein touristisch und landwirtschaftlich attraktiver Kanton mit hoher Lebensqualität. Er ist auf die Schönheit seiner Landschaften, Biotope und seine Artenvielfalt und gesunde und ertragreiche Böden angewiesen. Die Sektoren des Tourismus und der Landwirtschaft können nur so lange zum Wohlstand des Kantons beitragen, als die natürlichen Grundlagen für ihre Tätigkeit gesund und attraktiv sind.

Ziele:

Die Versorgung der Bevölkerung mit sauberem Wasser sowie mit lokalen, gesunden und ökologischen Nahrungsmitteln, gesundes Futter für die Tiere, intakte Landschaften und die Erhaltung der Luftqualität sind zentral für eine attraktive und zukunftsfähige Entwicklung des Kantons. Die einheimischen Arten müssen erhalten und geschützt werden, die Qualität der Lebensräume (z.B. Auenlandschaften, artenreichen Wiesen oder Waldlebensräume) muss verbessert werden und die Landschaft darf nicht weiter mit Strassen und anderen Infrastrukturen zerschnitten oder verbaut werden. Die Landwirtschaft spielt dabei eine wichtige Rolle. Sie muss ihre Verantwortung für den Umwelt- und Naturschutz wahrnehmen und dabei unterstützt werden. Die Produzenten und Produzentinnen sowie die Konsumenten und Konsumentinnen müssen zusammenarbeiten, um eine gesunde Landwirtschaft für alle voranzutreiben: für den Boden, die Lebensmittel und für die Bewohnerinnen und Bewohner. Dabei muss sowohl die wirtschaftliche Überlebensfähigkeit der Landwirtinnen und Landwirte wie auch die Versorgung der Konsumentinnen und Konsumenten mit Lebensmitteln sichergestellt werden. Gesunde Lebensmittel von gesunden Böden für gesunde Konsumierende durch gesunde Betriebe.

Massnahmen

- Starke Biodiversitätsstrategie, welche konkrete Massnahmen zu allen Aspekten der Biodiversität (Arten, Lebensräume, genetische Vielfalt, Landwirtschaft) beinhaltet.
- Erhaltung und Stärkung von Feuchtgebieten (ev. auch durch Anpassung der rechtlichen Grundlagen).
- Verstärkter Quellen- und Grundwasserschutz, Verbesserung der Wasserqualität in Seen und Fliessgewässern.
- Anerkennung der Rechtspersönlichkeit für die wichtigsten Seen und Flüsse (Neuenburgersee, Murtensee, Schwarzsee, Sarine, Glâne, Broye, etc.).
- Strategie für Wassereinsparung, -management und -rückgewinnung.
- Reduzierung der nächtlichen Beleuchtung und der dadurch verursachten Lichtverschmutzung.
- Ein auf Wiederverwertung, Upcycling und Energiegewinnung ausgerichtetes Abfallmanagement.
- Verstärkung der lokalen Märkte, insbesondere im Bereich landwirtschaftlicher Produkte.
- Förderung einer nachhaltigen, ressourcenschonenden und pestizidfreien landwirtschaftlichen Produktion und Vermarktung, höhere Anerkennung solcher Produkte.
- Ausrichtung der landwirtschaftlichen Ausbildung in Grangeneuve auf nachhaltige und ökologische Landwirtschaft für alle Lernenden.
- Die Förderung natürlicher Wälder mit einheimischen und gegenüber dem Klimawandel resistenten Arten.
- Förderung des lokalen Tourismus, welcher Ressourcen, Tiere und Lebensräume respektiert.

Spezifische Massnahmen auf kommunaler Ebene

- Einführung des Labels Grünstadt für die nachhaltige Bewirtschaftung öffentlicher Grünflächen.
- Ausbildung von Gemeindepersonal im nachhaltigen und ökologischen Unterhalt von Grünflächen.
- Massnahmen zur Bekämpfung invasiver Neophytenarten.
- Einrichtung von landwirtschaftlichen Betrieben und Bildungsprojekten zur Sensibilisierung für die Nutzung natürlicher Ressourcen, nachhaltige Landwirtschaft und die Förderung der biologischen Vielfalt.
- Massnahme zur Förderung der Kompostierung, auch durch Nachbarschaftsstrukturen.
- Schaffung von Spielplätzen und Umsetzung von Workshops in Schulen, welche die Förderung der Artenvielfalt miteinbezieht.
- Bepflanzung des öffentlichen Raums mit einheimischen und resistenten Arten.
- Mehr diverse Grünräume im Siedlungsraum (Fassaden, Dächer, etc.).

> Für ein nachhaltiges und gerechtes Gesundheitssystem

Herausforderung:

Der ökologische und gesellschaftliche Kontext, die globale Erwärmung, Umweltverschmutzung, Lärm und soziale Isolation sind alles Faktoren, welche die Gesundheit der Bevölkerung stark beeinflussen. Die Gesundheitsprobleme der Bevölkerung sind vielschichtig und multifaktoriell und erfordern einen systemischen Ansatz zur Verhütung und Bewältigung übertragbarer und nicht übertragbarer Krankheiten. Gleichzeitig ist das Schweizer Gesundheitssystem mit einer alternden Bevölkerung, einem Mangel an Leistungserbringern und einer strukturellen Unterfinanzierung konfrontiert. Dieses Problem wird durch die rasche Entwicklung neuer, kostenintensiver medizinischer Technologien in einem liberalisierten Markt

verstärkt. Darüber hinaus basiert dieses System auf einer individuellen, akuten, krankenhausbasierten (krankenhauszentrierten) und fragmentierten Versorgung. Ein solches System ist nicht tragfähig, sehr teuer und seine Auswirkungen auf die Gesundheit sind ineffizient. In der Tat trägt sie nur 20% zur guten Gesundheit der Bevölkerung bei, wobei ein erheblicher Teil davon mit der Prävention und den sozialen Determinanten der Gesundheit (soziale Integration, sozioökonomisches Niveau usw.) zusammenhängt. Dieses Gesundheitssystem ist zudem verantwortlich für 6-8% der CO₂-Emissionen.

Ziele:

Das Sozial- und Gesundheitssystem des Kantons Freiburg wird widerstandsfähiger, nachhaltiger und gerechter und trägt dazu bei, die Gesundheit der Bevölkerung zu sichern. Es muss somit stärker auf Prävention, Förderung der physischen, psychischen und sozialen Gesundheit, lokale sozial-medizinische Integration und Familienmedizin ausgerichtet werden. Innovative und integrative Formen der Gesundheitsförderung für die jungen Generationen sowie der Pflege für ältere und behinderte Menschen stehen zur Verfügung.

Massnahmen

- Schaffung von Gesundheitszentren auf lokaler Ebene, die den Sozial- und Gesundheitssektor integrieren.
- Stärkung der Familienmedizin.
- Förderung der Interprofessionalität in den verschiedenen Gesundheitsbereichen.
- Gewährleistung eines gerechten Zugangs zur Gesundheitsversorgung für die gesamte Bevölkerung (gefährdete Bevölkerungsgruppen, Menschen mit Behinderungen, ältere Menschen).
- Förderung innovativer Finanzierungsmodelle im Gesundheitswesen.
- Erhöhung des Anteils der für Prävention und Gesundheitsförderung bereitgestellten Mittel insbesondere für Kinder und Jugendliche und für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund
- Förderung struktureller Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit, wie z.B. Verbot der Tabakwerbung, Förderung einer gesunden und nachhaltigen Ernährung, aktive Mobilität.
- Neudefinition der Aufgaben des Krankenhauses hin zu spezifischen und spezialisierten Behandlungen.
- Verbesserung der Ausbildung und der Attraktivität der Berufe im Gesundheitssektor.
- Anpassung und Systematisierung der spitalexternen Unterstützungsdienste (häusliche Pflege, medizinisch-soziale Unterstützung, ambulante Dienste).
- Einführung von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen zur geschlechtsspezifischen Voreingenommenheit und zu den Besonderheiten im Umgang mit rassifizierten und LGBTIQ-Personen in der Pflege.
- Entwicklung von geeigneten und ausreichenden Strukturen für Menschen mit Behinderungen (angepasste Arbeitsplätze in Institutionen, diversifizierte Wohnformen).
- Entwicklung eines Solidaritätssystems zur Bekämpfung der Isolation älterer Menschen und anderer gefährdeter Gruppen.

Spezifische Massnahmen auf kommunaler Ebene

- Dezentralisierung des Gesundheitssystems durch die Entwicklung von Gesundheitszentren.

> Für die Partizipation, Zusammenhalt und Gleichheit

Herausforderung:

Wohlbefinden wird im Diskurs oft mit Wachstum und Wohlstand verwechselt, obwohl sich die Wohlstandsgesellschaft nicht als Lösung des Problems erweist. Immer mehr Menschen

beziehen sich jedoch nicht mehr nur auf materialistische Werte, sondern entwickeln gemeinschaftliche Projekte für eine hohe Lebensqualität und sozialer Zusammenhalt. Gemeinschaftliche Wohnformen, Vertragslandwirtschaft, lokale Austauschsysteme oder gemeinsame Netzwerke zeigen, dass es im Leben nicht nur um die Steigerung der Gewinne oder die Akkumulation von Gütern geht. Diese Initiativen ermöglichen das Entstehen neuer Kollektive und die Einbeziehung der Bürger in die Gestaltung des Zusammenlebens: Es ist die Aufgabe des Staates, diese Formen der sozialen Innovation zu fördern und zu unterstützen. In gleicher Weise muss die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der lokalen und kantonalen Regierungsführung für eine lebendigere Demokratie gestärkt werden und die Lebendigkeit der Zivilgesellschaft sich in der politischen Welt widerspiegeln.

Chancengleichheit und Minderheitenrechte sind ebenfalls Pfeiler der modernen Demokratie. Aufgrund der wachsenden Ungleichheiten bei Einkommen, Wohlstand und Bildung sind staatliche Massnahmen zum Erhalt und der Förderung des sozialen Zusammenhalts nötig. Die Gleichstellung von Frauen, Männern und Menschen aller Geschlechter und sexueller Orientierungen in allen Bereichen der Gesellschaft ist von wesentlicher Bedeutung. In Politik und Wirtschaft ist dieses Ziel noch lange nicht erreicht. Frauen sind in vielen Berufen unterrepräsentiert und werden in Bezug auf Löhne und Renten diskriminiert. Ferner ist die Herkunft oftmals eine Quelle der Ungleichheit. Migrantinnen werden diskriminiert und haben kaum Zugang zur Teilnahme an politischen Entscheidungen. Nicht-cissexuelle und nicht-heterosexuelle Menschen sind ebenfalls mit unterschiedlichen Diskriminierungen und Repräsentationsdefiziten konfrontiert.

Soziale Gerechtigkeit basiert auch auf dem Zugang zu einer guten Gesundheitsversorgung für alle. Das Gesundheitssystem stellt für den Kanton Freiburg eine grosse Herausforderung dar: es braucht ein effizientes und transparentes Spitalmodell, das den Bedürfnissen der gesamten Bevölkerung entspricht und eine gerechte Verteilung der Gesundheitsdienste garantiert.

Ziele:

Die Beteiligung der Bevölkerung am Gemeinschaftsleben und an der lokalen Regierungsführung wird durch die Unterstützung von Bürgerprojekten gestärkt, die eine generationenübergreifende, soziale und wirtschaftliche Zusammenarbeit ermöglichen. Lokale Initiativen werden auf dem gesamten Gebiet von Freiburg unterstützt, und die Zivilgesellschaft gilt als wichtiger Partner für eine nachhaltige Entwicklung.

Die Gleichstellung der Geschlechter und sexueller Orientierungen ist im Kanton Freiburg in allen Bereichen Realität. Es ist nicht nur eine Frauenfrage; auch Männer wollen sich vom Korsett der traditionellen Rollen befreien und verpflichten sich politisch zur Gleichstellung. Das Gesundheitssystem Freiburgs ist widerstandsfähiger und effizienter zu gestalten und soll der gesamten Bevölkerung Zugang zu einer hochwertigen Gesundheitsversorgung bieten. Innovative und integrative Formen der Pflege für ältere und behinderte Menschen stehen zur Verfügung.

Massnahmen

- Stärkung des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen der Zivilgesellschaft, der Politik und den Behörden.
- Umsetzung von Initiativen zur generationenübergreifenden Zusammenarbeit und zum Zusammenleben.
- Das Recht auf politische Partizipation und Engagement auch für Personen, die nicht Schweizer Bürgerinnen und Bürger sind.
- Entwicklung von Massnahmen zur Bekämpfung von geschlechtsspezifischer, sexueller und rassistischer Diskriminierung und von LGBTIQ-Personen: Identifizierung und Überwachung von Diskriminierung, Sensibilisierung, Schulung.
- Stärkung der Wahlfreiheit durch Überwindung von Geschlechterstereotypen und Stereotypen in Verbindung mit der sexuellen Ausrichtung in der Familie, in der allgemeinen und beruflichen Bildung und am Arbeitsplatz.

- Systematische Umsetzung der Lohngleichheit für Männer und Frauen durch verbindliche Analyse und Überwachung der Löhne.
- Durchführung von Kampagnen zur Bekämpfung von Geschlechterstereotypen bei Berufs- und Ausbildungsentscheidungen.
- Anpassung und Systematisierung der individuellen Assistenzdienste (häusliche Pflege, medizinisch-soziale Unterstützung, ambulante Dienste).
- Durchführung von BürgerInnenversammlungen und -foren zu Themen von kantonaler Bedeutung.

Spezifische Massnahmen auf kommunaler Ebene

- Entwicklung und Unterstützung von Projekten in den Bereichen Wohnen, Leben und Generationenaustausch.
- Unterstützung für Wohnungsgenossenschaften.
- Verstärkung von Nachbarschaftsprojekten und -zentren.
- Einrichtung eines Vereinforums in den Gemeinden.
- Schaffung von lokalen Anlaufstellen der Verwaltung und der öffentlichen Dienste, die eine bessere Vernetzung der kommunalen Gebiete ermöglichen.
- Einführung von Generalräten in Gemeinden geeigneter Größe und Organisation.
- Einführung von Labels (z.B. "trans welcome") um die Gemeinden als integrative Arbeitgeber sichtbar zu machen und zu positionieren.
- Förderung von "Gemeinden im Wandel" und einer lokalen Demokratie durch BürgerInnenversammlungen/-foren und/oder durch partizipative Budgets.
- Einrichtung einer kommunalen Kommission für Umwelt und Zusammenleben.

> Für eine lebendige und integrative Bildung und Kultur

Herausforderung:

Die Förderung der Chancengleichheit ermöglicht es jeder Person, sich zu engagieren und Verantwortung zu übernehmen. Es braucht heute Investitionen in Bildung und Ausbildung, um morgen davon profitieren zu können. Das qualitativ hochstehende Schul- und Berufsbildungssystem des Kantons Freiburg muss erhalten und gestärkt werden. Angesichts der Herausforderungen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der Erfordernisse des ökologischen Übergangs stellen die Möglichkeiten der lebenslangen Berufsausbildung und Umschulung eine große Herausforderung dar. Ebenso müssen Forschung und Innovation es ermöglichen, auf die Klimakrise mit technischen, aber auch sozial nachhaltigen und gerechten Lösungen zu reagieren. Die Förderung von Kreativität und freier Zusammenarbeit sollte eine treibende Kraft für den Kanton Freiburg sein. Das kulturelle Umfeld ist auch eine Stärke, die Freiburg als Schnittstelle zwischen Sprachen und Kulturen nicht nur erhalten, sondern auch aktiv fördern muss. Kultur trägt zum Zusammenleben, zur Integration und zur Entwicklung neuer Ausdrucksformen und sozialer Fragestellungen bei. Die Covid-19-Krise hat uns an den fragilen Status von Kulturakteuren und Kulturschaffenden, aber auch bestimmter Institutionen erinnert. Es sollen Unterstützungsregelungen entwickelt werden, um die Widerstandsfähigkeit des kulturellen Umfelds zu stärken und Anpassungen an die veränderten Rahmenbedingungen zu ermöglichen. Das kulturelle Erbe des Kantons Freiburg ist eine Ressource für eine nachhaltige Regionalentwicklung, die es unbedingt zu entwickeln gilt.

Ziele:

Der Kanton Freiburg profitiert von einem ganzheitlichen, diversifizierten und integrativen Bildungssystem und einem hohen Niveau der Schweizer Kultur und Forschung. Im Vordergrund steht die Finanzierung von Unterrichtsbedingungen, die die soziale und kulturelle Integration fördern, ohne den Druck auf Lehrpersonen, Schülerinnen und Schüler und Eltern zu erhöhen. Der Kanton muss Beschäftigungs- und Ausbildungsprogramme für alle jungen Menschen sowie für diejenigen unterstützen, die aufgrund ihres Alters vom Markt ausgeschlossen werden. Klima- und Nachhaltigkeitsfragen und die Suche nach kooperativen

Lösungen sind in den Lehrplänen von Schulen und Hochschulen integriert. Die berufliche Umstellung auf neue Tätigkeiten und Berufe in der Kreislaufwirtschaft wird durch verschiedene Massnahmen gefördert. Die kulturelle Teilhabe aller wird durch Anreize sowohl für das Publikum als auch für Künstler und Kulturschaffende gestärkt. Das Potenzial der künstlerischen Kreativität und des kulturellen Erbes wird im ganzen Kanton hervorgehoben und entwickelt.

Massnahmen

- Aktive Entwicklung der Zwei- und Mehrsprachigkeit, sowohl in der Bevölkerung als auch in den Schulen, durch Unterstützung der Gemeinden bei Projekten zur Förderung der Zweisprachigkeit bereits in der Grundschule.
- Weiterbildung in nachhaltiger Entwicklung und verstärkte Förderung der persönlichen und sozialen Kompetenzen (Soft Skills), auch im digitalen Zeitalter.
- Stärkung des sprachlichen und kulturellen Austausches (Studenten und Lehrer).
- Förderung der kulturellen, geschlechts- und herkunftsspezifischen Vielfalt in der Ausbildung.
- Aufwertung des Lernens und des dualen Systems.
- Vorschulische und ausserfamiliäre Betreuungsstrukturen stärken und die Berufe der Kinderbetreuung aufwerten.
- Förderung der Chancengleichheit in Bildung und Ausbildung durch die Entwicklung des Stipendienwesens sowie die Förderung von Studiengängen, die an das Familienleben und die Erwerbstätigkeit angepasst sind.
- Unterstützung von Jugendaktivitäten, auch für junge Migranten, in den Bereichen Sport und körperliche Aktivitäten, Musik und Gemeinschaftsleben.

Spezifische Massnahmen auf kommunaler Ebene

- Entwicklung von Projekten, die eine bessere Anpassung des außerfamiliären Kinderbetreuungsangebots an die Bedürfnisse der Eltern ermöglichen.
- Entwicklung von innovativen und partizipatorischen Projekten im Bereich der außerschulischen Jugendaktivitäten.
- Einführung zweisprachiger Klassen
- Aufbau von Bibliotheken und Ludotheken als Ort des Austauschs und der Integration.
- Förderung von Kulturveranstaltungen und kulturellen Anlässen auf kommunaler Ebene.
- Entwicklung von sportlichen Aktivitäten und Unterhaltungsangeboten, die allen offen stehen (*Open Sunday*).
- Entwicklung der Infrastruktur für Kulturschaffenden und kulturelle Veranstaltungen.
- Stärkung der kommunalen Subventionspolitik für Kultur und Sportvereine.
- Den Zugang zur Kulturkarte der Caritas oder zum Kultur-GA fördern.